

4 ▶ Januar 2001

europarot

Infoblatt der
Delegation der PDS
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



Der Gipfel von Nizza oder Salade Niçoise nach Ratsherrenart

Von **Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP**

Die Bilanz von Nizza ist mehr als ernüchternd. Mit ihrem unwürdigen Gezerre um

die institutionelle Reform der EU haben die Staats- und Regierungschefs der europäischen Einigung einen schlechten Dienst erwiesen. Angesichts der histori-



Kurz bevor die Regierungschefs in Nizza auch über die Osterweiterung debattierten, trafen sich im sächsischen Zittau polnische, tschechische und deutsche Kommunalpolitiker, Vertreter von Wirtschaftsorganen, Wissenschaftler, Gewerkschafter sowie Diplomaten, um über die weitere Zusammenarbeit in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa zu beraten. In diesem Dreiländereck prallen alle damit im Zusammenhang stehenden Probleme unmittelbar aufeinander, eröffnen sich aber auch Chancen, um das Zusammenwachsen zu befördern. (Mehr dazu auf den Seiten 5/6)



schen Dimension sowohl der Erweiterung der Union als auch der vor der Gemeinschaft stehenden großen politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen waren europäisches Denken sowie Mut und Entscheidungsfreude für eine tiefgreifende Reform der EU gefragt. Doch Nizza offenbarte, dass die westeuropäischen EU-Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen letztlich nur darum gefeilscht haben, wie sie Macht, Einfluss und Pfründe sichern können. Demokratie und Bürgernähe blieben dabei ebenso auf der Strecke wie Transparenz und Entscheidungsfähigkeit. Zwar wurde die für die EU-Erweiterung notwendige Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat bei einigen Politikfeldern vorgenommen, doch die Hürden für Mehrheiten sind künftig so hoch, dass eine EU mit 27 Mitgliedstaaten europapolitisch kaum voran kommen dürfte. Bei wichtigen Fragen wie Steuern, Außenhandel, Strukturfonds und Asyl wollen Großbritannien, Frankreich, Spanien und Deutschland weiterhin jede Veränderung mit ihrem Veto blockieren können. Das Duo Schröder-Fischer beharrte z. B. auf dem deutschen Vetorecht in puncto Asyl, auch weil man die Vorschläge der Kommission zu einer Verbesserung der menschenrechtlichen Standards, insbesondere bei der Familienzusammenführung für Flüchtlinge, der Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention und die Überprüfung der sog. Sicherer Drittstaatenregelung fürchtete. So weit, so schlecht, doch es kam noch schlechter: Als einzig demokratisch legitimierte Institution ging das Europäische Parlament in Nizza leer aus: seine Rechte, insbesondere das Mitentscheidungsrecht, wurden nicht ausgebaut. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Europäischen Ratsherren von Nizza, die in etwa nach dem Motto verfahren: Demokratische Kontrolle ja, aber nicht bei uns!

Dass in Nizza ein Trauerspiel aufgeführt werden sollte, zeigte sich schon beim ersten Akt. So wurde die vom Konvent erarbeitete Grundrechtecharta lediglich „feierlich proklamiert“, Rechtsverbindlichkeit und individuelle Einklagbarkeit aber auf die lange Bank geschoben. Doch damit nicht genug. Ohne viel Aufhebens einigte man sich stattdessen in einem Punkt: dem forcierten Aufbau der EU-Interventionstruppe. Sie soll schon 2001 einsatzfähig sein. Fest steht also, es wird modernisiert, um- und aufgerüstet, um künftig „anderthalb Kosovo-Kriege“ als EU allein führen zu können. Der Gipfelsalat Niçoise nach Ratsherrenart wird Europa und seinen Bürgerinnen und Bürgern noch bitter aufstoßen. ■

MANFRED SIMON

Zur Rückkehr an den Verhandlungstisch gibt es keine Alternative

Wenige Wochen nach dem hoffnungsvollen gemeinsamen Auftritt des Vorsitzenden der Knesset, Avraham Burg, und des Vorsitzenden des Palästinensischen Legislativrates, Abu Ala, im Hohen Haus in Strassburg dreht sich im Nahen Osten die Eskalationsspirale der Gewalt.

Von Karin Schüttpelz

Wir haben von Raketenangriffen zerstörte Häuser in Dörfern und Flüchtlingslagern gesehen, besichtigten das Panorama israelischer Siedlungen inmitten palästinensischen Territoriums, erlebten eine Demonstration, auf der 10.000 junge Israelis forderten, den palästinensischen Terroranschlägen durch massive Militärgewalt gegen Palästina ein Ende zu bereiten.

Wir kommen zurück mit der Erkenntnis, dass es eines grundsätzlichen Neuanfangs im Friedensprozess bedarf, der außerordentlich schwer zu erreichen ist. Die Erfahrung mit Krieg und Terror, Okkupation und Flucht haben die Menschen und die Politik auf beiden Seiten geprägt.

Es bedarf dringend internationaler Unterstützung, damit die unverhältnismäßige Gewalt des israelischen Militärs gegen die palästinensische Zivilbevölkerung beendet wird.

Unser erster Besuchstag war überschattet von einem Attentat auf einen israelischen Schulbus, bei dem zwei Lehrer und 11 Schüler verletzt wurden. Während unserer Gespräche in der Knesset wurde der Angriff des israelischen Militärs auf Gaza bekannt. Unser Weg von Jerusalem nach Ramallah war gezeichnet von den Spuren der Straßenkämpfe zwischen palästinensischen Jugendlichen und israelischen Soldaten. Im Krankenhaus von Gaza sahen wir Jugendliche mit Kopfverletzungen – einer im Koma, ein anderer hirntot, ein dritter mit ausgeschossenem Auge. Junge Männer mit schweren Brust- und Bauchverletzungen – keiner älter als 18 Jahre.

„Ich habe als Arzt alle Volksaufstände seit 1967 erlebt“, sagte uns der palästinensische Gesundheitsminister. „Noch nie ist die israelische Armee so brutal gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen.“ Starben während der ersten Intifada durchschnittlich 14 bis 15 Menschen im Monat, so sind es gegenwärtig 6 bis 7 Menschen pro Tag. Die israelische Armee verwendet neuartige – schwere Verletzungen verursachende – Munition, sogenannte „live bullets“, die sich im Körper öffnet und Splitter verteilt. Von den Verletzten der

vergangenen zwei Monate wird jeder vierte lebenslang behindert sein.

Zorn, Verzweiflung und Hass angesichts der Toten und Verletzten auf beiden Seiten, aber vor allem auch die heute jugendlichen lebenslang Behinderten sind das furchtbare Erbe der Eskalation der Gewalt, in der sich sehr ungleiche Partner gegenüberstehen. „Warum hat die NATO im Kosovo eingegriffen, während die internationale Gemeinschaft Israel gewähren lässt?“, wurden wir immer wieder gefragt. Wir haben ein Land im Ausnahmezustand erlebt. Den Palästinensern ist das Verlassen der von ihnen bewohnten Gebiete verboten. Überall patrouilliert israelisches Militär. Auf jeder Ortseingangs- und -ausgangsstraße begegnet man sogenannten „Checkpoints“ – von israelischer Armee besetzte Kontrollpunkte, an denen sogar Krankenwagen mit Blaulicht oft Stundenlang aufgehalten werden. Den palästinensischen Bauern wird der Zugang zu ihren Olivenhainen und Obstplantagen verwehrt – die diesjährige Ernte verkommt. Handel und Tourismus sind zum Erliegen gekommen. Zeitweise werden Energie, Telefon und Internet abgeschaltet. Benzin und Erdgas werden knapp.

Einhellig haben uns unsere palästinensischen Gesprächspartner erklärt, dass die durch den provokatorischen Gang Scharons ausgelöste neue Intifada eine Bewegung von unten ist, ein Volksaufstand, dessen Beginn und Beendigung man nicht verordnen kann. Die Palästinenser wollen nicht länger in einem okkupierten Land leben. Sie hassen die Siedler, die an die Siedlungsmauern grenzenden Olivenhaine abholzen lassen, um mit übersichtlichen Sandstreifen, Polizei- und Militärpräsenz ihr „Sicherheitsbedürfnis“ im okkupierten Land zu befriedigen. Sie vertrauen Israel nicht mehr, das seit 10 Jahren über Frieden verhandelt und parallel dazu die Zeit nutzt, um mit dem Bau immer neuer und der Erweiterung bestehender Siedlungen Tatsachen zu schaffen, die das Entstehen eines palästinensischen Staates de facto unmöglich machen. Und sie vertrauen nicht mehr der amerikanischen Vermittlung – künftig sollen am Ver-

handlungstisch auch die UNO, die EU und Russland sitzen. Sie fordern die vollständige Umsetzung der UN-Resolution über den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebiete und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge. Nur um den Zeitplan zur Umsetzung dieser Resolutionen könne es in künftigen Verhandlungen gehen.

Bei unseren Gesprächen in der Knesset begegneten wir durchaus Partnern, die die Notwendigkeit der Korrektur der Siedlungspolitik anerkannten und einseitige, vertrauensbildende Vorleistungen Israels befürworteten.

Aber auch Israel hat leidvolle Erfahrungen im Kampf um seine Existenz in der Region. Die Terroranschläge auf die israelische Zivilbevölkerung wecken schmerzhaft Erinnerungen. Groß ist der Einfluss religiöser Kräfte, die die Teilung Palästinas nie akzeptiert haben. Symbolisch und provokatorisch wehen an immer mehr Häusern im arabischen Viertel der Altstadt von Jerusalem israelische Fahnen. Die Friedensbewegung ist schwach. Die Worte der Vernunft verhallen angesichts des Schmerzes über die Opfer der Terroranschläge und des parteipolitischen Krätemessens. Die jungen Leute, denen ich auf der Demonstration begegnete, sind in den Siedlungen geboren und aufgewachsen. Ich hatte den Eindruck, dass sie gar nicht wissen, dass sie auf okkupiertem palästinensischen Territorium leben. „Dies ist unser Land und wir werden es nie hergeben“, erklärte mir leidenschaftlich ein junger israelischer Demonstrant. So ist die Stimmung, die Scharon und seine Likud-Partei für den Wahlkampf ausnutzen.

Aber parallel zur Kompromisslosigkeit gibt es auf beiden Seiten auch die Erkenntnis, dass es zur Rückkehr an den Verhandlungstisch keine Alternative gibt. Wie schnell sich die Erkenntnis durchsetzt, dass sich keine der Seiten durch Terror und Gewalt Bedingungen diktieren lassen wird, davon hängt das Leben vieler Menschen ab. ■

Die Autorin war Mitglied einer Delegation der Fraktion GUE/NGL, die vier Tage Palästina und Israel besuchte

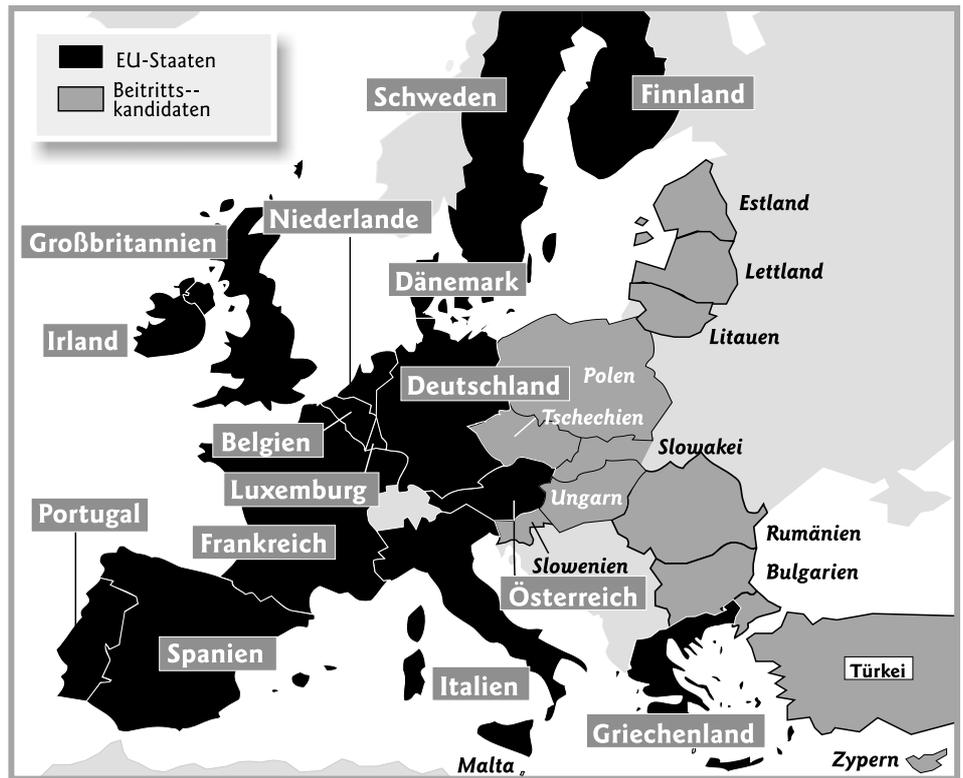
Eintritt durch die Hintertür

Ein schönes Familienbild stand am Anfang des als historisch angepriesenen Gipfels in Nizza: Auf den Stufen der „Acropolis“, dem Tagungsort des Europäischen Rates, hatten sich die 15 Staats- und Regierungschefs der EU mit ihren künftigen Kollegen aus Mittelosteuropa, den baltischen Staaten sowie der Türkei, Malta und Zypern versammelt. Dieses eine Mal durften die armen Verwandten aus dem anderen Teil des Kontinents durch die Vordertür ins Rampenlicht treten, ansonsten blieb ihnen die Hintertür vorbehalten.

Von Hans Modrow

Als „Erweiterungsgipfel“ sollte der Gipfel in die Geschichte eingehen, war vor Tisch zu hören. Die Union sollte fit gemacht werden für die Aufnahme von mindestens einem Dutzend Staaten bis zum Jahr 2010. Eine Strategie für die europäische Integration im 21. Jahrhundert erwarteten Optimisten. Sie wurden eben so enttäuscht wie die Kandidatenländer, deren Probleme auf dem Olymp der Reichen und Mächtigen nur eine marginale Rolle spielten. Die 15 Staatschefs gossen Wasser in den Wein der Europäischen Kommission, die noch einen Monat zuvor in einem Strategiepapier den Abschluss der Verhandlungen mit den ersten Beitrittskandidaten für das Jahr 2002 angepeilt hatte, so dass 2003 die ersten Aufnahmen erfolgen könnten und eine Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament 2004 möglich wäre. Wie es jetzt aussieht, wird der erste Beitritt – als Favorit wird Polen gehandelt – bestenfalls 2004 erfolgen können. Doch das ist keine Verpflichtung, sondern nur eine Option. Die EU will sich hier wie auch in anderen Fragen ein Hintertürchen offen halten. Indem man die Kandidaten weiter im Ungewissen lässt, kann man sie am besten unter Druck setzen. Dass damit Enttäuschung und Vorbehalten in der Bevölkerung der Beitrittsländer wachsen, nimmt man billigend in Kauf.

Die EU der 15 war viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass sie der Osterweiterung, die eine wirkliche historische Herausforderung bedeutet, die gebührende Aufmerksamkeit schenken konnte und wollte. Das Familienbild am Anfang des Gipfels war der erste und letzte Eindruck von Harmonie – in den folgenden Tagen und Nächten herrschte im hermetisch abgeriegelten Tagungsbunker ein knallharter Machtpoker um die Durchsetzung nationaler Interessen. Wie der Erlkönig „erreicht der Vater den Hof mit Mühe und Not, doch das Kind in seinen Armen war tot“. Auf dem kleinstdenkbaren Nenner ei-



nigte sich der „Reformgipfel“ nach peinlichem Feilschen auf einen Vertrag, der fast alles beim Alten belässt. Die Großen wie Deutschland und Frankreich festigen ihre Position, die Kleineren erhalten einige Bonuspunkte, die künftigen Mitglieder müssen nehmen, was sie kriegen. Das Mitscheidungsrecht des Europäischen Parlaments ist nicht ausgeweitet worden, das demokratische Defizit in der Union ist nicht ansatzweise angebaut worden.

Das Ergebnis von Nizza wäre möglicherweise noch magerer ausgefallen, wenn nicht gerade die kleineren Länder den Aufstand geprobt hätten. Auf ihr gewachsenes Selbstbewusstsein mussten letztlich die Großmächte Rücksicht nehmen, wenn sie nicht das Scheitern des Gipfels riskieren wollten. Dänemark mit seinem Nein zum Euro hatte erst unlängst gezeigt, dass man nicht gewillt ist, nach der deutsch-französischen Pfeife zu tanzen. Dieses Selbstbewusstsein könnte und sollte für die Beitrittskandidaten eine Ermutigung sein, ihre Probleme, Ansprüche und Interessen

stärker zur Geltung zu bringen und nicht demütig vor der Hintertür zu stehen.

Das Positivste, was man über den Gipfel von Nizza sagen kann, ist, dass er die Tür zur Osterweiterung nicht zugeschlagen hat. Sie wird – mit zeitlicher Verzögerung – kommen, doch es wird kein Schritt in Richtung auf Integration gleichberechtigter, souveräner Staaten sein, sondern sie wird als Ausdehnung der Herrschaftszonen des Kapitals konzipiert und gestaltet. Mit einem solchen Herangehen werden die komplizierten Prozesse, die aus der Erweiterung der EU erwachsen, politisch nicht beherrschbar sein. Die Erweiterungslogik muss vom hegemonialen Kopf auf die demokratischen Füße gestellt werden. Hierin liegt die Herausforderung für die Linken im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten, für die progressiven Parteien und Bewegungen in ganz Europa. ■

Hans Modrow ist Koordinator für Fragen der EU-Erweiterung in der Fraktion der GUE / NGL im Europäischen Parlament.

Runder Tisch mit Polen und Tschechen

Großes Interesse an Informationen zu Fragen der Erweiterung der Europäischen Union offenbarte auch der 2. Runde Tisch der Europäischen Linken, der am 9. und 10. Dezember 2000 im Eurocamp am Heleneesee bei Frankfurt/Oder stattfand. Auf Einladung der PDS-Delegation in der GUE/NGL-Fraktion kamen Kommunalpolitiker und Parlamentarier aus den benachbarten polnischen und tschechischen Regionen und dem Land Brandenburg zusammen.

Von Giso Siebert

MdEP Hans Modrow umriss zu Beginn den Prozess der EU-Osterweiterung aus Sicht der Linken im Europäischen Parlament. Insbesondere die Rolle des Parlamentes sah er sehr kritisch. Es sei zu wenig in die wichtigen Beitrittsverhandlungen einbezogen. Es darf mitdiskutieren, Empfehlungen geben, Kritik üben. Es begleitet den Prozess politisch, kann aber nicht direkt eingreifen. Das Entscheidungsrecht hat das Parlament erst nach Abschluss der Verhandlungen, wenn ihm die Verträge zur Ratifizierung vorgelegt werden, so Hans Modrow.

Für die Linken im Europäischen Parlament, die keine einheitliche Meinung in vielen Aspekten der EU-Erweiterung hat, benannte der Osterweiterungsexperte der

PDS im Europaparlament einige gemeinsame Positionen. Dem Prozess des Sozialabbaus müsse sich die europäische Linke mit eigenen konsequenten Forderungen entgegenstellen. Es darf keine Armuts-grenze zwischen den 15 jetzigen EU-Mitgliedern und den 10 mittelosteuropäischen Staaten geschaffen werden. Hans Modrow erteilte damit den Avantgarde-Ambitionen einiger Staaten eine Absage. Schließlich darf der Beitrittsprozess nicht dazu dienen, die Militarisierung der EU abzusichern. Die Erweiterung darf nicht die Gegensätze zum Osten, also zu Russland, Belarus, die Ukraine und die GUS-Staaten verschärfen.

Jaromír Kohlíček, Abgeordneter im Prager Nationalparlament und Mitglied der Gemischten Delegation EU-Tschechische Republik, zeigte sich enttäuscht über den derzeitigen Stand und Verlauf der Bei-

trittsverhandlungen. Meist wird nicht über die zentralen Fragen der Osterweiterung gesprochen, sondern über bilaterale Probleme. Die wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen erfahren so keine wirkliche Lösung.

Im weiteren Verlauf der Tagung informierten MdEP Christel Fiebiger (Landwirtschaft), Gerlinde Stobrawa (MdL Brandenburg) und MdEP Helmuth Markov (Regional- und Kommunalpolitik) sowie Joachim Mertens (Optik-Kompetenzzentrum Rathenow und OWUS-Wirtschaftsverband) über Entwicklungen und Probleme der EU-Erweiterung bezogen auf ihr jeweiliges Politikfeld. Am Ende der zweitägigen Beratung verabredeten sich die Teilnehmer zu weiteren Kontakten und Beratungen, insbesondere auch zu Fragen der Osterweiterung. ■



Regionalkonferenz im Dreiländereck – Schritt zu einem Europa von unten?

„Entwicklung und Förderung der Euro-Region Neisse-Nisa-Nysa“ lautete der anspruchsvolle Titel der Konferenz, die am 2. Dezember in der „Aula“, dem Festsaal des Landkreises in Zittau stattfand. Eingeladen dazu hatten MdEP Hans Modrow und Heiko Kosel, europapolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag. Gekommen waren polnische, tschechische und deutsche Bürgermeister sowie andere Kommunalpolitiker, Vertreter von regionalen Wirtschaftsorganen, von der Hochschule Zittau/Görlitz, den Gewerkschaften, zahlreichen Vereinen sowie Diplomaten der beiden Nachbarstaaten.

Von Wolfgang Meier

Die Veranstaltung solle mithelfen, sagte Hans Modrow zu Beginn, „Öffentlichkeit für die Probleme dieser Region zu schaffen, Räume auszuloten für die gemeinsame Lösung konkreter Vorhaben“. Die Notwendigkeit eines solchen Meinungs- und Erfahrungsaustausches vor Ort begründete er unter anderem mit der Feststellung, „dass weder in Brüssel noch in Berlin, Prag oder Warschau ausreichend konkrete Kenntnisse über die Lage in der jeweiligen Euroregion vorhanden sind. Dabei müssten die gemeinsame Ausarbeitung und abgestimmte Förderung von grenzüberschreitenden oder interregionalen Projekten die Hauptform der Zusammenarbeit sein.“

Mit einem ähnlichen Anspruch war zuvor Landrat Volker Stange (CDU) vom Landkreis Löbau/Zittau aufgetreten. Vieles geschehe schon in der Grenzregion, aber gebündelt könne mehr und so manches schneller erreicht werden. In dem Zusammenhang unterstrich er die Verantwortung der Zentralen. „Wenn unsere Regierungen in Prag, Warschau und Berlin nicht zu Stuhle kommen, müssen wir sie auf den Stuhl setzen. Wir sind die Betroffenen“, erklärte er.

In der anschließenden Diskussion und den beiden Podiumsgesprächen kam Erreichtes und nicht Erreichtes, Förderliches und Hemmendes zutage. Angesprochen wurden grundsätzliche Probleme der Osterweiterung, die sich in den Grenzregionen mit besonderer Brisanz schon zeigen bzw. ankündigen. Unterschiedlich war die Haltung zur EU-Osterweiterung insgesamt – von der wohl eher zweckoptimistischen Auffassung, dass die Zukunft glücklich sein werde, bis zu starken Zweifeln, ob dieses Projekt den Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowohl der Mitglied- als auch der Beitrittsstaaten dienen kann. Sichtbar war die Tendenz, dass die Osterweiterung nicht mehr aufzuhalten sei und man versuchen müsse, gemeinsam das Beste für die Region und die Menschen daraus zu machen. Dazu gehöre auch, über die

Parlamente Druck auf die Regierenden auszuüben, damit sie sich der Probleme der Region bewusst werden und sich bewegen.

Die Rede war von gemeinsamen Lösungen zur Ausbildung junger Leute, ob in Bad Muskau, worüber die Bürgermeisterin der Stadt, Heidi Knoop, sprach, oder durch die abgestimmte Zusammenarbeit der Hochschulen von Zittau/Görlitz, Wrocław und Liberec zur Ausbildung von Studenten auf dem Gebiet des Informations- und Kommunikationsmanagements. Grenzübergreifend arbeiten auch Krankenhäuser und Ärzte zusammen, ebenso Theaterleute, Museen, Tourismuseinrichtungen, Sportvereine und andere Verbände wie das Frauen-Eurozentrum in Zittau, das sich zum Ziel gesetzt hat, durch Kooperationsprobleme von Frauen und Mädchen lösen zu helfen. Vertreterinnen der Industrie- und Handelskammern in Zittau und auf der tschechischen Seite informierten über Stammtische für polnische, tschechische und deutsche UnternehmerInnen. Häufig fiel das Wort Partnerschaftsvertrag zwischen Städten und Gemeinden diesseits und jenseits der Grenzen, wobei auch von schon jahrzehntelanger freundschaftlicher Zusammenarbeit die Rede war. Gemeinsam wurden Lösungen zur Trinkwasserversorgung, zur Abwasserbeseitigung und zur Abfallwirtschaft erarbeitet.

Kritisch vermerkt wurde in der Diskussion unter anderem, dass nicht selten Politiker auf Landes- und Bundesebene feierlich Ziele der EU-Osterweiterung proklamierten, sie dann aber kleingeistig angingen. Nicht überzeugt sei die Wirtschaft in der Oberlausitz vom Erfolg der EU-Erweiterung. Die Unternehmer befürchteten, dass sie bei dem zu erwartenden Vordringen von Dienstleistern aus Polen und Tschechien auf den sächsischen Markt nicht chancengleich seien. Eine andere, sehr grundsätzliche Frage warf die Bürgermeisterin von Bad Muskau auf, als sie feststellte: „Die EU ist eigentlich ein Problem der Menschen, aber ich kann ihnen nicht sagen, was auf sie zukommt.“ Dass es Sorgen, Ängste besonders im grenznahen Raum, aber insgesamt auch in Ost-

deutschland gibt, ist verständlich. Die Ostdeutschen haben bereits einen tiefgreifenden Wandel erlebt. Viele haben ihn noch nicht bewältigt. Jetzt kündigt sich die zweite große Veränderung an, die Einführung des seit Monaten kränkelnden Euro und die Osterweiterung, über deren Konsequenzen sie im Dunkeln gelassen werden. Und inzwischen erleben sie das Machtgerangel in Nizza, die wütenden Verteilungskämpfe, aber schnelles Agieren, wenn es um die weitere Militarisierung der EU geht. Bei den Menschen in den Grenzregionen kann sich angesichts all dessen und ihrer Erfahrungen nur der Verdacht verstärken, dass man sich in Brüssel und in den Hauptstädten noch weniger um sie kümmern wird als bisher.

Gewisse konzeptionelle Überlegungen ließ Dr. Wolfgang Nicht vom DGB-Landesbezirk Sachsen, Koordinator für die interregionale Zusammenarbeit mit Polen und Böhmen erkennen. Er berichtete unter anderem davon, dass sie vor acht Jahren den ersten Interregionalen Gewerkschaftsrat gegründet haben und seit dem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gestalten konnten. Nach seiner Auffassung würde es im Zuge der EU-Osterweiterung nur in geringem Maße zu einer Übersiedlung von Arbeitskräften aus Polen und Tschechien in die östlichen Regionen der Bundesrepublik kommen, was mit einer dynamischen Lohnentwicklung jenseits der Grenze zu tun habe. Zu unterscheiden sei davon die Frage der Grenzpendler, die in stärkerem Maße kommen würden. Entscheidend sei für ihn, dass sie nach deutschem Tarifrecht, nach deutschem Sozialrecht und Sozialversicherungsrecht sowie nach deutschem Arbeitsschutzrecht beschäftigt würden.

Wie weit er allerdings mit seiner Auffassung Recht behält, dass eine dynamische Lohnentwicklung jenseits der Grenzen die Migrationsbereitschaft dämpfen würde, bleibt dahingestellt. Eine von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, in Auftrag gegebene Studie zu den Auswirkungen der Erweiterung auf die Beschäftigung und die Arbeitsmärkte in den EU-Ländern kommt zu dem ▶▶

► Schluss, dass die großen Einkommensunterschiede zwischen der Europäischen Union und den Beitrittsländern eher über Jahrzehnte als über Jahre anhalten würde.

Was mir wichtig schien, war die Tatsache, dass eigentlich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren Beiträgen die Bereitschaft bekundeten, mit Partnern innerhalb der EU-Region nach Lösungen zu suchen und die Probleme gemeinsam anzupacken. Angesichts dessen kam Peter Porsch, PDS-Fraktionschef im Landtag und Vizevorsitzender der Partei, zu dem Schluss, er habe in Zittau erlebt, dass hier „Europa von unten gebaut werde, nicht von oben“. Dieses Europa von unten sollte den Beitrittsprozess höchst kritisch begleiten. Ihm sei deutlich geworden, was landespolitisch aktiviert werden müsse, damit die Region nicht zum „Durchmarschgebiet“ würde, ohne dass sie Menschen auch anziehe.

Welche Vorstellungen sie zur Entwicklung der Region haben, legten Hans Modrow, Peter Porsch und Heiko Kosel in einem mehrseitigen Papier „Für ein Europa der Regionen/Schritte und Vorschläge für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa“ dar. Unter anderem schlagen sie vor, dass durch die Parlamente auf EU-, Bundes- und Länderebene regionale Programme der wirtschaftlichen Entwicklung erarbeitet werden sollten. Vom sächsischen Landtag sollte die Initiative zur Bildung eines Ständigen Arbeitsausschusses Euroregionen ergriffen werden, dem Abgeordnete der mittleren und höchsten parlamentarischen Ebenen der drei Länder angehören. Konkrete Aufgaben sind auch für das Europabüro der PDS in Bautzen genannt, das maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung der Konferenz hatte.

Zittau kann sicher als ein gelungener Auftakt in dem Bemühen der PDS gewertet werden, zur „Bündelung“ all jener Kräfte in der Euroregion beizutragen, die sich verantwortungsvoll den Menschen dort zuwenden, die sich für mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit und ein friedliches Zusammenleben an der Grenze einsetzen. Wie weit hier nächste Schritte getan werden können, hängt unter anderem auch davon ab, wie sich die Partei auf allen Ebenen mit überzeugenden konzeptionellen Überlegungen zu Worte meldet, wie weit sie Bündnispartner im Lande findet und wie es – auch durch ihr Bemühen – international gelingt, die Linken Europas stärker zusammenzuführen und den Erweiterungsprozess solidarisch mit den Völkern in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu begleiten. ■

Die Türkei – 1 Jahr seit Beginn des Vorbereitungsprozesses in die EU

Die innenpolitische Entwicklung in der Türkei seit der Zuerkennung des Kandidatenstatus durch den Helsinki EU – Gipfel im Dezember 1999 stand im Mittelpunkt des Interesses für MEP Felecknas Uca und ihre Kollegen der Delegation des Europäischen Parlaments bei der 46. Tagung des Gemeinsamen Parlamentsausschusses EU – Türkei in Antalya vom 21/22.11.2000.

Von Thomas Raeck/Felecknas Uca

Das interessanteste und aufschlussreichste Gespräch für die Einschätzung der Vorbereitung der Türkei auf einen Beitritt in die EU fand jedoch außerhalb der offiziellen Tagesordnung statt. Am ersten Besuchstag in der Türkei konnten die EU – Teilnehmer mit einer Gruppe von Aktivisten aus 12 Nichtregierungsorganisationen verschiedenster Ausrichtung sprechen, darunter DEMOS, ARI Gruppe, Bewegung für Demokratische Initiative, Menschenrechtsverein (Juristen), Stiftung für Menschenrechte der Türkei, Organisation für Menschenrechte und Solidarität für unterdrückte Völker, das Kurdische Institut. Auf die Frage nach spürbaren Veränderungen im Hinblick auf eine Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens, insbesondere die Zurückdrängung der Dominanz des Militärs, die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, die Abschaffung von Folter und Todesstrafe wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß es keine wesentlichen und für die Tätigkeit der NRO's spürbaren Verbesserungen im letzten Jahr gegeben habe. Der Ausnahmezustand in den südöstlichen Regionen des Landes (mit großer kurdischer Bevölkerungsgruppe) und alle damit einhergehenden und demokratischen Begrenzungen bestehen fort, Zeitschriften und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache sind verboten, die Situation in türkischen Gefängnissen habe sich nicht geändert, der Nationale Sicherheitsrat dominiere nach wie vor die Politik des Landes....

Beispielhaft für die Reaktion der türkischen Behörden auf die Anwendung der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit

ist die Reaktion auf die Begrüßungsworte von Felecknas Uca auf dem HADEP – Parteitag am Wochenende nach dem gemeinsamen Treffen der EU- und türkischen Parlamentarier. Nachdem die Abgeordnete die ersten 3 Sätze ihrer Begrüßung auf kurdisch gesagt hatte und danach ins Deutsche überwechselte, eine international durchaus übliche Frage der Höflichkeit gegenüber dem Gastgeber, wurde der Parteitag unterbrochen. Erst nach zehnmündiger Diskussion mit den Sicherheitskräften durfte die Europa-Abgeordnete weitersprechen!

Während der gemeinsamen Debatte der türkischen und EU-Parlamentarier bei der 46. Tagung wurde die innere Entwicklung nur am Rande berührt, da schon Außenminister Cem in seinem Eröffnungsbeitrag vor allem die für die türkische Seite wichtigen Fragen der außenpolitischen Bedingungen eines EU Beitritts in den Vordergrund stellte. Problematisch für die Türkei waren vor allem die Forderungen nach Lösung der Zypern – Frage, einer Beilegung des Streits mit Griechenland über den Grenzverlauf in der Ägäis und die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern im Jahr 1915. Übereinstimmend wurden von den Vertretern des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Parlaments klargestellt, daß die genannten Fragen im Rahmen des Beitrittsprozesses einer politischen Klärung bedürfen, jedoch keine neue Vorbedingung für einen Beitritt der Türkei darstellen. ■



Weitere Liberalisierung des europäischen Postmarktes

Ende November verabschiedete der Ausschuß für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr des EP einen Bericht des deutschen Christsozialen Ferber, in dem die Europa-Abgeordneten ihre Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission über den nächsten Schritt zur Liberalisierung der europäischen Postdienste abgaben.

Von Thomas Raeck und Helmuth Markov, MdEP

Ausschuß-Vize-Präsident Helmuth Markov, wie auch die anderen Mitglieder der GUE/NGL – Fraktion hatten sich vehement gegen den Vorschlag gewandt, vom Jahr 2003 an Briefe und adressierte Werbesendungen ab 50 Gramm (bisher 350 Gramm) zu liberalisieren und den Markt für alle ins Ausland gehenden Sendungen und für Expressdienste zu öffnen. Die Kommission hatte angegeben, dass mit ihren Vorschlägen weitere 20 Prozent des Marktes für Postdienste zusätzlich zu den bisher 3 Prozent geöffnet werden würden.

Gemeinsam mit Sozialdemokraten, Grünen und einigen konservativen Abgeordneten aus Frankreich und Spanien fand sich eine unerwartet klare Mehrheit, die den neoliberalen Kurs der Vorschläge der Kommission und des Berichterstatters ablehnte. Bis auf die Zustimmung zum Kompromiss, die Gewichtsgrenze des reservierten Bereichs auf 150 Gramm herabzusetzen, wurden alle anderen Vorschläge abgelehnt. Gemeinsamer Konsens aller Abgeordneten war die Überzeugung, dass nur eine schrittweise und kontrollierte Öffnung des Marktes akzeptabel sei, die Erhalt und Gewährleistung der universellen Dienstleistungen der Postdienste ermöglichen würde. Der Vorschlag der Kom-

mission und der Berichtsentwurf wurden dem nicht gerecht.

Von den Abgeordneten der GUE/NGL wurde mittels Änderungsanträgen insbesondere gefordert, zunächst eine Analyse der Auswirkungen der ersten Phase der Marktöffnung ab 1997 auf die Postdienste und ihre Service-Angebote für den Bürger in allen EU – Staaten und in den jeweiligen städtischen bzw. ländlichen Regionen, sowie auf die Arbeitsmärkte der Länder vorzunehmen. Erst nach Kenntnis der Auswirkungen könnten neue Vorschläge über den nächsten Schritt der Marktöffnung vorgelegt werden. Ein Strukturwandel im Bereich der Postdienste ist sehr sorgfältig in Angriff zu nehmen, da der Postdienst sehr beschäftigungsintensiv ist und hier ein hohes Niveau an sozialen und Ausbildungsstandards gewährleistet ist. Der gewünschte Wettbewerb, so zeigt es die Praxis, wird hier über den Preis und ein Lohndumping geführt.

Der Ferber-Bericht wurde Mitte Dezember im Plenum des EP abschließend beratend. Es kam, wie erwartet, zu einem heißen Kampf um das Maß der Liberalisierung, da konservative und liberale Befürworter der schnellen Liberalisierung der Postdienste zum Sturm blasen. ■

Verantwortung übernehmen – BSE

In diesen Tagen, wo Politiker aller parlamentarischer Ebenen, die Wissenschaftler, die Händler in allen Ernährungsstufen die Verantwortlichkeit für die BSE-Krise noch breit diskutieren, ist die Agrarproduktion in Not geraten. Die Preise für gesunde und marktfähige Tiere sind gefallen auf 50% des Wertes. Niemand sagt, dass gesunde Tiere für die menschliche Ernährung geeignet sind. Größte Unklarheit besteht darüber, wer die Kosten für die steigenden Futtermittelpreise und die notwendig gewordenen Schnelltests trägt.

Von Christel Fiebiger, MdEP

Der Bundeskanzler ist zum besten und obersten Verbraucherschützer geworden. Jetzt muss er auch in Verantwortung bleiben, um den Wirtschaftsfaktor Agrarproduktion in Deutschland zu sichern. Im Jahre 1984 wurde erstmals BSE festgestellt, im Jahre 1990 die Übertragbarkeit von Rind zu Rind. Im Juli 1994 wurde von der Europäischen Kommission die Verfütterung von Tiermehl in der Rinderproduktion verboten. Im Juni 2000 wurde der Erlass für Schnelltestverfahren erhoben und im September 2000 die Rindfleischetikettierung veranlasst.

Mit all dem haben sich viele Experten befasst – wie sich heute herausstellt, nicht gründlich genug. Die Gemeinschaft ist der größte Importeur und Exporteur von Lebensmitteln. Diese Branche hat einen Jahresumsatz von 600 Mrd. EURO und beschäftigt 1 Million Bürgerinnen und Bürger. Innerhalb dieser riesigen Marktströme ist die Forderung nach einer Nullsicherung der Lebensmittelproduktion schon immer ein Risiko. Bei allen von der Europäischen Kommission erarbeiteten Richtlinien zur Sicherung des Verbraucherschutzes bleibt vieles offen, wie zum Beispiel im Weißbuch für Lebensmittelsicherheit zahlreiche, die Lebensmittelbehörde betreffende Fragen ungeklärt

sind. Da geht es beispielsweise um die Gestaltung der Beziehungen der Lebensmittelbehörde zu den Verbrauchern. Auch die Finanzierung ist ungeklärt, offen ist die diesbezügliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten, der effektiven Kontrollen.

Geklärt muss werden, wie die Überwachung durch das Parlament erfolgt, wie die Leitung der Überwachungsbehörde gestaltet wird und welche Kompetenzen sie haben wird.

Die notwendigen Entscheidungen darüber werden so verzögert. Die im Rahmen der Agenda 2000 reformierte gemeinsame Agrarpolitik gilt es zu verteidigen. Eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion und die Sicherung gesunder Erzeugnisse sollte allen Beteiligten gestattet sein. Eine Aufspaltung dieser Leitlinien in Agrarfabriken oder Nichtagrarfabriken ist der schlechteste Weg. Die in den letzten Jahren schnell vollzogene Liberalisierung des Handels mit Lebensmitteln ohne Garantie der Rückverfolgung ihres Ursprungs ist die Ernährungsfalle. Ich gehe davon aus, dass eine standortbezogene landwirtschaftliche Produktion innerhalb der Region der geeigneter Weg ist, den Verbraucherinnen und Verbraucher von Lebensmittel den notwendigen Schutz zu bieten. ■

KURZ & KNAPP

Berichterstatter

Die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments unterscheidet sich um einiges von der des Bundestages und der Landtage. Sind es dort die Fraktionen bzw. die jeweiligen Regierungen, die den Parlamentsausschüssen die Gesetzesvorlagen und Entschließungen vorlegen, so sind im Europäischen Parlament die einzelnen Abgeordneten dafür verantwortlich. In der Regel erarbeitet die Kommission Vorschläge für Richtlinien oder Verordnungen, die als Grundlage für die Berichte der Abgeordneten im Namen des zuständigen Fachausschusses dienen. Die Berichte werden zuvor nach einem genau festgelegten Schlüssel zwischen den einzelnen Fraktionen verteilt. Die Löwenanteile erhalten natürlich die großen Fraktionen der Konservativen und der Sozialdemokraten. Für die Vereinte Linke – als viertstärkste Fraktion – fallen da entsprechend wenige ab. Erster Berichterstatter für die PDS-Delegation in der GUE/NGL nach ihrem Einzug in das Parlament überhaupt war nun Helmuth Markov, dessen Bericht zu einem „Entwurf einer Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten – Die Regionen in der neuen Wirtschaft – Leitlinien für die innovativen Maßnahmen der Europäischen Regional- und Strukturfonds im Zeitraum 2000-2006“ am 14. Dezember 2000 im Plenum angenommen wurde.

Meinungsfreiheit

Die Behinderung der kurdischstämmigen PDS-Europaabgeordneten Felekna Uca durch türkische Sicherheitsbeamte auf einem Kongreß der Partei HADEP in Ankara (siehe den Bericht dazu in dieser Ausgabe) ist von dem CDU-Europaabgeordneten Werner Langen zum Anlaß genommen worden, in Schreiben an den stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Yilmaz, den türkischen EU-Botschafter Akyol und an den zuständigen Kommissar Verheugen um Aufklärung über das Verhalten der türkischen Sicherheitskräfte zu bitten. Dazu erläuterte Langen: „Ich teile die politischen Ziele der PDS und von Frau Uca nicht, sondern bekämpfe sie politisch mit aller Entschiedenheit. Mit der gleichen Entschiedenheit werden wir allerdings dafür eintreten, daß eine frei gewählte Abgeordnete das Recht auf Meinungsfreiheit und ungehinderte Teilnahme an Veranstaltungen von Parteien hat, die nicht verboten sind.“

Sacharow-Preis

Am 13. Dezember verlieh das Europäische Parlament den Sacharow-Preis an die Bürgerinitiative „iBasta Ya!“ (Jetzt ist genug!). Sie besteht aus Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Baskenland für Menschenrechte, Demokratie und Toleranz einsetzen. Die Menschen- und Bürgerrechte sind zur Zeit im Baskenland nicht gewährleistet. Viele Menschen können ihre Meinung nicht frei äußern, ohne sich großen Gefahren auszusetzen. Separatistische Terroristen stören das friedliche Zusammenleben der baskischen Gesellschaft. Mitglieder von „iBasta Ya!“ riskieren ihr Leben im Kampf gegen den Terrorismus. Sie organisieren seit Juni 2000 jeden ersten Donnerstag im Monat eine Massendemonstration in San Sebastian als Zeichen der Solidarität mit allen Bürgern.

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird seit 1988 alljährlich verliehen. Unter den bisherigen Preisträgern befinden sich Nelson Mandela, Alexander Dubcek, Aung San Suu Kyi und Ibrahim Rugova.

Netzkontakt

Über die PDS-Delegation im Europäischen Parlament kann man sich auch im Internet informieren. Unter der Adresse www.pds-europa.de kann man in der Rubrik Positionen die Erklärungen und Reden der Europaabgeordneten nachlesen, unter Dokumentationen finden sich längere Beiträge und Artikel und natürlich gibt es auch Ter-

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Herausgegeben
von der PDS-Delegation
in der Konföderalen Fraktion der
Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz,
ASP 09 G 218,
B-1047 Brüssel,
Belgien
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann
Redaktionsschluss: 15. 12. 2000
Auflage: 43.000
Satz & Gestaltung: Michael Pickardt
Druck: Druckhaus Schöneweide

minhinweise. Übrigens: Alle bisherigen Ausgaben von Europarot kann man ebenfalls dort nachlesen.

Neujahrswünsche

Die Mitglieder der PDS-Delegation im Europäischen Parlament wünschen allen Leserinnen und Lesern von europarot ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2001. ■



Stefan Heym erhielt am 8. Dezember 2000 die erste „Friedensmedaille“ der deutschen Sektion der „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW)“. Das geschah auf dem dreitägigen Kongress „Kultur des Friedens“ in Berlin, bei dem über 1000 Wissenschaftler, Politiker und Friedensgruppen über wirksamere Wege zu einer Welt ohne Kriege und einem menschlicheren, kulturvollen Miteinander berieten.

Die Tagung kann als ein sinnvoller Beitrag zum von der UNESCO zum UN-Jahr „Kultur des Friedens“ benannten Jahr 2000 gewertet werden. Schwerpunkte waren die Auswertung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, der Nahost-Konflikt und Friedensarbeit in Südafrika.